



AG 60 plus: Newsletter Nr. 5

31.1.15

Dieser Newsletter ist ein **Service des Bundesvorstandes der AG 60 plus.**

Er wird ehrenamtlich erstellt und erhebt deshalb keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Inhalt:

- S. 2 „Je suis Charlie“
- S. 4 Bundesvorstand am 3.12.14 und am 30.1.15
- S. 8 Parteivorstandssitzung am 15.12.14
- S.10 Ver.di-Verlautbarung zu Pegida
- S.13 Themenlabor Neue Verantwortungskultur/Neue Bürgerthemen am 3.12.14
- S.16 Digitaler Beirat Orga-Kommission am 24.1.15 in Berlin
- S.16 Aus der Bundestagsfraktion
- S.18 Deutscher Seniorentag am 2.-4. Juli 2015 in Frankfurt
- S.19 Fotowettbewerb der BAGSO für den 11. Seniorentag
- S.20 Materialien für die Werbung für den 11. Seniorentag
- S.21 Aus den Landes- und Bezirksverbänden
- S.26 Veranstaltungen/Gespräche
- S.27 Zur Lektüre empfohlen
- S.27 Erinnerung: 7. Sommertreffen der AG 60 plus.
- S.28 Terminkalender



Vor allem Anderen

Unter dem Eindruck der schrecklichen Morde in Paris, die auch ein Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit und gegen die jüdischen Mitbürger waren: „Wir sind Charlie“

Unsere obersten Grundwerte und demokratischen Prinzipien, die Würde des Menschen, Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz werden wesentlich getragen von der Presse- und Religionsfreiheit.

Wem Demokratie ein Dorn im Auge ist, der greift Presse und Pressefreiheit an. Das tun viele Diktatoren oder Herrschende, die demokratische Verfassungen eines Staates für lästig halten und deshalb versuchen, die kritische Presse auszuschalten oder einzugrenzen. Wir können das in vielen Ländern sehen, auch in Europa und leider beim Beitrittskandidaten Türkei. Dort sind Zeitungen schnell verboten und kritische Journalisten müssen um ihre Freiheit und Gesundheit fürchten.

Was ein Presseorgan veröffentlicht oder ein Karikaturist zeichnet, muss nicht jedem gefallen. Man mag manche Karikatur sogar für geschmacklos oder verletzend halten. Aber Satire **müssen Demokraten aushalten**. Im Raum der Satire jedenfalls lehne ich jegliche Zensur entlang bestimmter Empfindlichkeiten ab.

Religiöse Vielfalt und atheistische Grundhaltungen sind aus Deutschland und vielen Staaten in der Welt nicht mehr wegzudenken. Diese Vielfalt bereichert uns, an jedem Ort, in jeder Stadt, weil auch sie das kulturelle Leben der Kommune prägt. Deshalb müssen wir die freie individuelle Wahl einer Religionszugehörigkeit schützen. Diese Freiheit ist eine über Jahrhunderte gewachsene Kulturleistung.

Die Folgen des Terrors sind unerträglich: Menschen jüdischen Glaubens kündigen an, insbesondere nach dem Terrorakt gegen einen jüdischen Supermarkt, aus Frankreich nach Israel auszureisen – in der trügerischen Hoffnung, dort sicherer zu sein. Ich wünsche mir, dass diese Menschen in Europa bleiben, dass wir an ihrer Seite und für sie gegen Terrorismus und die auch daraus erwachsende Fremdenfeindlichkeit kämpfen. Deshalb weist auch die Aufforderung von Ministerpräsident Netanjahu nach Israel zu auszuwandern, in die falsche Richtung. Europa ist eine Vielvölkergemeinschaft, hier werden viele Sprachen gesprochen, hier gibt es viele Glaubensrichtungen, viele Ethnien, viele Kulturen, viele unterschiedliche historische Erfahrungen – und das ist unsere Stärke und unsere Zukunft.

Was wollten und wollen diese Terroristen überhaupt?

Ich weigere mich, sie irgendwie mit dem Islam als Religion in Verbindung zu bringen. Schon das Wort „islamistisch“ ist gefährlich, weil viele Bürgerinnen und Bürger nicht zwischen „Moslem“, „Islam“, „Islamischem Fundamentalismus“ und „Politischem Islam“ oder fanatischem bzw. fundamentalem Islamismus unterscheiden. Zudem ist jeder gute gläubige Muslim zu Recht außer sich, wenn man ihn mit Verbrechern in einen Topf wirft. Das schadet der Integration und dem politischen Klima. Die meisten Opfer der Dschihadisten sind übrigens Muslime im Irak, in Syrien, in Afghanistan und anderen Teilen der Welt. Deshalb fliehen die Menschen aus diesen Regionen und suchen Sicherheit in Europa.

Diese jungen Männer wurden in fundamentalistischen Moscheen oder auf der Straße von Salafisten in Deutschland, England, Frankreich, Belgien, etc. für den Dschihad des IS in Syrien, der Al Khaida in Afghanistan oder des Boko Haram in Nigeria angeworben. Man gaukelte ihnen vor, dies sei der Sinn ihres jungen Lebens. Als Rückkehrer verbreiten einige von ihnen - schwer traumatisiert – nun bei uns Terror. Sie wollen die Demokratie mit ihren Freiheitsmöglichkeiten, die für sie der Inbegriff der Gottlosigkeit und Dekadenz ist, zerstören, indem sie ihre Grundrechte und Grundwerte angreifen. Sie weiden sich an der Angst und Panik, die sie verbreiten. Und sie hoffen, dass wir mit unseren Reaktionen ihr Werk vollenden und unsere Rechte und Freiheiten immer weiter und vorausseilend einschränken. **Diesen Gefallen sollten wir ihnen und ihren Auftraggebern in Syrien, Pakistan, Afghanistan oder Nigeria nicht tun.** Es ist schlimm, dass die Pariser Attentäter am Ende erschossen wurden. Ich denke, eine Verurteilung vor einem ordentlichen Gericht wäre ein besseres Zeichen gewesen.

Wie kommt es dazu? Es sind oft junge Männer, die bei uns in Europa groß geworden sind, teilweise sogar keinen Migrationshintergrund haben. Wir müssen fragen, warum sie eine solche Entwicklung genommen haben. Fest steht für mich: Sie haben ihren Platz in unserer Gesellschaft nicht gefunden. Und sie sind Verführern auf den Leim gegangen, die ihnen die Erfüllung ihres Lebens im Kampf gegen die sog. „Ungläubigen“ versprochen haben. Auch aus Deutschland sind etwa 550 junge Männer zur IS oder anderen Dschihadisten aufgebrochen. Ich denke, wir haben alle versagt:

- Die Schule, weil sie sich – wegen zu großer Klassen und überlasteter Lehrer - oft nicht genug um diese Kinder kümmern konnte,
- das Elternhaus, weil es zu wenig in unsere Gesellschaft integriert war und sich der Probleme des jungen Menschen nicht genügend angenommen hat,
- der Arbeitsmarkt, der die jungen Leute nicht aufgenommen hat, aber auch
- einige Moscheen, die den Verführern zumindest eine Plattform geboten haben und die jungen Menschen nicht gehindert haben, ihr unseliges Ziel zu verfolgen. **Dies muss aufhören!** Ich fordere alle, die auf muslimischer Seite Verantwortung tragen, auf, sich dieser Aufgabe zu stellen und Einfluss nehmen, wo sie können.

Unerträglich und unanständig ist es deshalb auch, wenn politische Gruppierungen in Deutschland die Anschläge in Paris als Anlass für ihre ausländerfeindlichen Parolen benutzen. Und zynisch ist es, wenn diejenigen, die die freien Medien gestern noch als „Lügenpresse“ beschimpft haben, nach dem Anschlag von Paris die Opfer des Terrors mit Solidaritätsschleifen „Je suis Charlie“ gedenken. Dahinter steht wohl bei manchen der Organisatoren der Versuch, die Trauer um die Opfer zu vereinnahmen und zum Werkzeug für Ausländerfeindlichkeit zu machen.

Die Konsequenz aus den schrecklichen Anschlägen von Paris und dem wenige Tage darauf gerade noch verhinderten in Belgien kann nur sein: Wir alle müssen verhindern, dass weiterhin

junge Menschen Terrorismus in unser Land tragen. Dazu gehört auch, dass die Polizei eingreift, wenn solche Verführer bei uns tätig werden. Ihre Aufgabe ist es auch, terroristische Rückkehrer aus Syrien oder anderen Gebieten unter Beobachtung zu stellen bzw. nicht ins Land zu lassen.

Aber prinzipiell und auf Dauer kann man der Entstehung dieses Terrorismus nur durch Bildung und Integration der jungen Menschen, nicht durch ihre Ausgrenzung entgegenwirken. Wir alle zusammen müssen unsere Demokratie klug verteidigen. Sie ist eine anstrengende Staatsform, aber die Beste, die es gibt.

1) Bundesvorstand am 3.12.14

Anwesende: Angelika Graf, Peter Schöbel, Reinhold Hemker, Heidemarie Fischer, Gesche Peters, Lothar Binding, Jürgen Rischar, Volker Ebeling und Wiebke Neumann.

Entschuldigt: Norwin Dorn

TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls von Bundesvorstands- und Bundesausschuss-Sitzung am 10./11.10.14 in Mainz

Angelika Graf eröffnet um 11.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Genossinnen und Genossen. Die Protokolle der Sitzung des Bundesvorstandes am 10.10.14 und der Sitzung des Bundesausschusses am 11.10.14 werden einstimmig genehmigt.

TOP 2:

Vorstellung unseres kooptierten Vorstandsmitglieds aus Niedersachsen, Gerd Groskurt

Vorstellung der neuen Referatsleiterin Arbeitsgemeinschaften & Themenforen, Wiebke Neumann

Gerd Groskurt stellt sich vor und gibt einen kurzen Bericht über seine bisherige politische Arbeit, u.a. als ehem. Geschäftsführer der SPD (37Jahre) und als Vorsitzender des Kreisverbandes Osnabrücker-Land des Sozialverbandes Deutschland.

Die neue Leiterin des Referats Arbeitsgemeinschaften & Themenforen, **Wiebke Neumann**, stellt sich vor.

Sie gibt einen Bericht über die Aktion „#DigitalLeben – Wie verändert das Internet unser Leben?“, die in 3 Phasen

- Einsammeln (September 2014 – Januar 2015)
- Debatte (Februar - September 2015) und
- Entscheiden (September bis Dezember 2015)

ablaufen und in einem konkreten Antrag für den Bundesparteitag münden wird.

Zu dieser Aktion soll am 25.4. 2015 ein Barcamp der Arbeitsgemeinschaften in der SPD in Berlin stattfinden. Die Ergebnisse dieses Barcamps werden der Steuerungsgruppe zugeleitet.

Man rechne mit 200 bis 250 TeilnehmerInnen. Reisekosten würden allerdings grundsätzlich nicht übernommen

Angelika Graf weist darauf hin, dass eine wichtige Voraussetzung für die Teilnahme die Übernahme der Reisekosten sei. Geschehe dies nicht, sei ein großer Teil der Mitglieder nicht in der Lage, an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen. Diese Auffassung wird von den Mitgliedern des Vorstandes geteilt. Das gewählte Verfahren sortiere bereits im Vorfeld aus. Angelika Graf wird in einem Brief an den Parteivorsitzenden, die Generalsekretärin und den Schatzmeister auf dieses Problem hinweisen.

Im Übrigen habe das Internet bei der älteren Generation nicht diesen Stellenwert, wie bei der jüngeren. Viele werden sich von daher auch an dieser Aktion nicht beteiligen.

Volker Edeling weist darauf hin, dass diese Aktion eine zusätzliche Möglichkeit sei, Parteiarbeit zu verstärken.

TOP 3: Gespräch mit der Generalsekretärin der SPD, Yasmin Fahimi

Angelika Graf begrüßt herzlich die Generalsekretärin, gibt einen Überblick über die Situation der AG 60 plus, geht auf die Schwerpunkte der Arbeit ein und auf die Aktivitäten. Sie schildert auch die Schwierigkeiten, mit denen sich die AG seit den Umstrukturierungen im Willy-Brandt-Haus herumschlagen habe.

Sie bittet auch Yasmin Fahimi ihre Erwartungen an die Arbeitsgemeinschaften darzulegen.

Yasmin Fahimi betont, dass ihre Erwartungen inhaltlich geprägt seien

- Ihr Programm müssen sich die Arbeitsgemeinschaften selbst geben
- Sie seien zuständig für die Zielgruppenarbeit
- 60 plus und Jusos seien allerdings breiter aufgestellt. Ihr Bereich umfasse fast das gesamte politische Spektrum
- Sie müssen allerdings selbst entscheiden, wo ihre politischen Schwerpunkte liegen. Wohnen, Pflege, Arbeit seien z.B. solche Themen, wo die AG60 plus ganz nah dran sei.
- Wichtig seien lebensnahe Themen, die man auch mit der Nachbarschaftskampagne verbinden könne
 - Wie soll die Welt von morgen aussehen im Sinne der Gerechtigkeitsfrage?
 - Was sind die Themen des Alltags, Themen für die ganze Familie?
 - Altersarmut, ein wichtiges Thema für die Zukunft
 - Gesetzliche Rentenversicherung stabil machen und die Glaubwürdigkeit in den sozialen Staat festigen.

Für 2015 sei eine Konferenz aller Arbeitsgemeinschaften geplant.

Die Arbeitsgemeinschaften müsse man unter Effizienzgesichtspunkten sehen.

Man müsse auch darüber diskutieren, wo nun eigentlich die Parteiarbeit stattfinde. Nur noch in den Arbeitsgemeinschaften? Was passiert dann noch in der Partei?

Angelika Graf:

- Wohnen, Pflege und Renten waren bisher Schwerpunkte der AG 60 plus
- Auch die Altersarmut beschäftige die AG sehr. Mindestlohn sei hierfür eine wichtige Entscheidung gewesen.
- 60 plus wird die Nachbarschaftskampagne unterstützen.
- Generationengerechtigkeit und –solidarität auch ein zentrales Thema. Hier habe man eine gute Zusammenarbeit mit den Jusos

Zu dem letzten Punkt vertritt die Generalsekretärin die Meinung, dies sei zwar kein Problem in der Partei, aber in der Gesellschaft.

Angelika Graf betont, die AG 60 plus würde gerne noch aktiver werden, dem stünden jedoch die Strukturen im WBH entgegen.

Seit dem Weggang von Susanne Bauer habe man keinen sichtbaren Ansprechpartner im WBH mehr. Dies habe auch zu Kritik aus den Seniorenverbänden geführt. Diese Lücke könne das Ehrenamt nicht auffangen.

Heidemarie Fischer spricht noch die Finanzen an. Auf keinen Fall dürfen die weniger werden.

Die AG würde gerne noch die eine oder andere Aktion oder Veranstaltungen durchführen, aber das koste ja alles Geld. Im Übrigen sei Verbraucherschutz noch ein wichtiges Thema.

Yasmin Fahimi

- Die Ansprechbarkeit im WBH muss verbessert werden, daran wird gearbeitet.
- Die Partei habe in den letzten 10 Jahren mächtig gelitten. Konsequenzen seien daraus bisher kaum gezogen worden.
- Doppel- und Dreifachstrukturen müssen aufgelöst werden.
- Man könne nicht jeder AG einen inhaltlichen Ansprechpartner anbieten.
- Was das Verhältnis Partei und Arbeitsgemeinschaften anbelangt, muss man eine vernünftige Balance hinbekommen und intelligent verabreden.
- Was die Finanzen anbelangt, sei man durchaus gesprächsbereit.

Wegen Zeitmangels verabreden Yasmin Fahimi und Angelika Graf das Gespräch bilateral fortzusetzen.

TOP 4: Rückblick auf die Jubiläumsveranstaltung am 11.10.2014 in Mainz

Die Jubiläumsveranstaltung in Mainz sei eine gelungene Feierstunde gewesen, so das Fazit von Angelika Graf, was von allen Vorstandmitgliedern übereinstimmend bestätigt wurde. Sie dankt den UHU's für die musikalische Umrahmung der Feierstunde und betont, dass sich dankbar sei, dass Ralf Stegner als Festredner eingesprungen sei.

TOP 5: Gespräch mit dem stellvertretenden BAGSO-Vorsitzenden, Rudolf Herweck

Angelika Graf begrüßt herzlich Rudolf Herweck, der seit 30.10.2014 stellvertretender Vorsitzender der Bagso ist.

Rudolf Herweck stellt sich vor. Vor seiner Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender sei er schon vorher für die BAGSO tätig gewesen, so z.B. als Vorsitzender der Fachkommission Gesundheit und Pflege. Er verweist auch auf seine Tätigkeit als ehemaliger Referatsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und als Vorsitzender des Deutschen Zentrums für Altersfragen.

Im Weiteren stellt er die BAGSO und ihre Arbeitsweise dar.

Der Vorstand einigt sich darauf, dass Rudolf Herweck künftig zu allen Sitzungen des Bundesvorstandes der AG 60 plus als ständiger Gast eingeladen wird, sofern sie in Berlin stattfinden.

Peter Schöbel gibt einen Bericht über das Vorbereitungsgespräch zum Deutschen Seniorentag, (2.-4.7.15 in Frankfurt), das am 25.11.14 in Bonn stattgefunden hat und gibt einen Überblick über den Stand der Planungen. Eine kurze Zusammenfassung wird im nächsten Newsletter erfolgen.

TOP 6: Arbeitsprogramm 2015

Gremientermine:

Bundesvorstand: ca. 6 mal über das Jahr verteilt

Bundesausschuss:

18. März 2015 in Kassel oder Göttingen

August 2015 Tagungsort noch nicht festgelegt.

Bundeskonferenz: 16. Und 17. September 2015 (Dresden oder Schwerin)

Geplante Veranstaltungen:

25. April 2015 – Berlin – Barcamp aller Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der Aktion“ #DigitalLeben“

29. April – Aktionstag der AG 60 plus mit dem Titel „Solidarität, Teilhabe, Gerechtigkeit“

1. Quartal – Fachkonferenz mit anderen AG´s (z.B. AGJ) zum Thema „Sterbehilfe“ (Arbeitstitel)

2. Quartal – Fachkonferenz mit anderen AG´s zum Thema „Wohnungsbau und Infrastruktur im Zeichen des demografischen Wandels“

Veranstaltungen unter Beteiligung der AG 60 plus

2. – 4. Juli 2015 – Elfter Seniorentag in Frankfurt, verbunden mit der Seniorenmesse SENOVA. Dort gestalten wir ein Diskussionsforum zum Thema „Inklusives Wahlrecht“ und einen Info-Stand auf der Messe.

Weitere Gedenktage und Termine:

29. April – Europäischer Tag der älteren Generation

12. Mai - Internationaler Tag der Pflege

1. Oktober – Internationaler Tag älterer Menschen

3. Dezember – Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung

20. Dezember – Internationaler Tag der menschlichen Solidarität

Politische Schwerpunkte 2015.

- Sterben in Würde
- Wohnungsbaupolitik und Infrastruktur
- Gesundheit und Pflege älterer Menschen

TOP 7: Internationale Arbeit von Ruth Brand

Nach Klärung der Terminfrage erklärt sich Reinhold Hemker grundsätzlich bereit, diese Arbeit zu übernehmen.

Gesche Peters ist bereit, Arbeit bei der BAGSO zu übernehmen, sofern Bedarf besteht.

TOP 8: Finanzbeschlüsse

Der Vorstand beschließt einstimmig, die Reisekosten für Gerd Groskurt zu übernehmen.

Volker Edeling informiert, dass die Kosten für die Bahncard nach Vorlage des Nachweises über die Fahrten des letzten Jahres erstattet werden. Formulare sind bei Volker erhältlich.

TOP 9: Verschiedenes

Angelika Graf berichtet, sie sei gebeten worden, dass die AG 60 plus der Magdeburger Plattform beitrete.

Der Vorstand vertritt die Auffassung, dass dies die private Entscheidung jedes Einzelnen ist, Angelika Graf aber nicht gehindert sei, bei den Debatten der Magdeburger Plattform die Anliegen von 60 Plus einzubringen. Sollten z.B. die „Seeheimer“ ähnliche Diskussionskreise betreiben und die AG 60 plus um Teilnahme bitten, solle die AG 60 plus auch dort ihre Themen vertreten.

Reinhold Hemker regt ein Gespräch mit Björn Kufahl vom SPD-Reiseservice an.

Bundsvorstand am 30.1.2015 in Berlin

Tagesordnung:

- Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der Vorstandssitzung vom 3.12.14.
- Aktueller Stand: 60 plus Leitfaden 2015
- Nächster Bundesausschuss
- Bundeskonferenz am 16./17. September 2015 (u.a. Kandidaturen)
- Veranstaltung mit der AsJ zum Thema „Sterbehilfe“ (Ort: Nürnberg, Datum: 26. KW)
- Arbeitsprogramm 2015
- Seniorentag 2015
- Verschiedenes

Das Kurzprotokoll zu dieser Sitzung ist nicht Teil dieses Newsletters, weil der die Zeit zwischen Erscheinen des Newsletter und der Vorstandssitzung zu kurz war. Es kann in nächster Zeit auf der Homepage abgerufen werden.

2) Parteivorstandssitzung am 15.12.14

Top 1) Stärkung von Investitionen in Deutschland: Professor Marcel Fratscher berichtet, dass 60% der Investitionen in Deutschland auf kommunaler Ebene stattfinden. Es gebe aber eine große Investitionslücke, wobei manche Investition auch für die Privatwirtschaft interessant wäre. Er schlage deshalb eine Investitionsbank bzw. einen Investitionsfond vor. Die Probleme, die aus ÖPP-Finanzierungsmodellen (Öffentlich-Privater Partnerschaft) bekannt seien, müssten vermieden werden. Hier sei oft das Risiko allein bei den Öffentlichen Partnern geblieben. Mit dem neuen Konzept solle auch eine Verpflichtung verbunden werden, daraus entstehende Mehreinnahmen der öffentlichen Hand wieder in öffentliche Investitionen zu stecken.

(Kommentar: Es geht dabei vorwiegend um ein Konzept zur Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur. Das kann m.E. nicht im Sinne von 60 plus sein. Wir werden das Thema weiter beobachten müssen!)

TOP 4) Das Recht auf sichere und gesunde Nahrungsmittel: Hier wurde ein Papier mit dem Titel „Sichere Lebensmittel dürfen keine Frage des Geldbeutels sein“ verabschiedet. Ziel ist, damit auf der „Grünen Woche“ vom 15.-24.Januar 2015 in Berlin aufzutreten. Sigmar Gabriel betonte, dass das ein wichtiges „Bauchthema“ – im wörtlichen und übertragenen Sinne? – sei. „Man muss jetzt da was tun!“ Das Papier lobt die gute Arbeitsweise von Landwirten, Lebensmittelproduzenten und Handel in Deutschland. Für die allermeisten Unternehmen seien Verbraucherschutz und Produktion und Vertrieb gesunder Lebensmittel zentrale Bestandteile ihrer Unternehmensphilosophie. Wahr sei aber auch, dass es in Deutschland gegenwärtig Bedingungen in der Fleischproduktion gibt, die teilweise zu schwerwiegenden Missständen auf Kosten der Lebensmittelqualität führen.

In den weiteren Passagen des Papiers geht es um die Wertschätzung von Lebensmitteln, welche schon im Kindesalter beginnen muss. KiTas und Schulen seien da neben den Eltern besonders gefordert. Außerdem müsse durch bessere Kennzeichnung von Lebensmitteln tierischer und pflanzlicher Herkunft auch die Souveränität der Verbraucherinnen und Verbraucher gestärkt werden. Man rege eine Ombudsstelle an, bei der unfaire Handelspraktiken anonym gemeldet werden können. Weiter kämpfe die SPD gegen die Lebensmittelverschwendung.

Hohe Aufmerksamkeit dürfte z.Zt. auf den Passagen des Papiers zur konsequenten Vorbeugung von Antibiotika-Resistenzen liegen. Es fordert eine artgerechte Nutztierhaltung und ein Ende

des Missbrauchs von Antibiotika. (**Kommentar:** Die gegenwärtige Debatte über die multiresistenten Keime, die über antibiotika-behandeltes Putenfleisch in die privaten Haushalte und zum Endverbraucher gebracht werden, macht die Brisanz dieses Themas deutlich! Ca. 90% allen Putenfleischs, welches in Deutschland verkauft wird, tragen diese Keime, die im Falle einer schweren oder gar lebensbedrohlichen Erkrankung den Antibiotika-Einsatz beim Patienten unwirksam machen. Bei Hähnchenfleisch ist es wohl nicht anders. Wie lange hat man dem Verbraucher eingeredet, dieses Fleisch sei gesund weil mager.)

TOP 3: „Pegida“ die Anti-Islam-Demonstrationen: Die angekündigten Referenten Martin Dulig MdL und Prof. Dr. Tim Spier konnten leider nicht kommen, stattdessen war Wolfgang Thierse da. Das vom WBH vorgelegte Papier, welches hier zusammenfassend wiedergegeben wird, beschreibt (mit Stand von Anfang Dezember) das Phänomen „Pegida“ („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“). (**Anmerkung:** An der Beschreibung der Ideologie hat sich auch nach den schrecklichen Anschlägen von Paris nicht viel geändert, allerdings scheint sich die Zusammensetzung der Demonstrationen in den letzten Wochen verändert zu haben. Das macht neben der aus meiner Sicht eher unzureichenden Studie von Prof. Vorländer auch die Stellungnahme von Martin Dulig MdL, Stellvertretender Ministerpräsident in Sachsen, deutlich. Das Papier des PV von Mitte Dezember ist sicherlich über das WBH zu beziehen. Das Papier von Martin Dulig findet Ihr auch auf unserer Homepage.)

Zusammenfassung des Papiers des WBH vom Dezember 2014: Das Patriotismus-Konzept der Gruppierung lebt von einer eindeutig fremdenfeindlichen Komponente, unterscheidet sich aber von offen-rassistischen Nazis. Der Hauptslogan der „Pegida“ „Gewaltfrei und vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden“ und der Text der Homepage „Es muss für uns wieder normal sein, öffentlich die Liebe zu seinem Vaterland zum Ausdruck zu bringen! Gegen Antipatriotismus!“ finden sich so oder ähnlich bei anderen nationalistischen Parteien.

Gemeinsam ist allen Anhängern von Pegida die (rechts)-extremistische Politiker-Verdrossenheit. Sie äußert sich in Stammtisch-Feindbildern gegen „die“ Politik und gegen „die“ Presse und steht weitgehend in Übereinstimmung mit den Sarrazin-Thesen. Wiederkehrende Sätzen lauten: „Man wird doch noch sagen dürfen...“, „gesundes Volksempfinden“ etc.

Den von „Pegida“ missbrauchten Ruf „Wir sind das Volk“ empfinden viele vor der Geschichte dieses Satzes als eine empörende taktische Kommunikation.

Die Bewegung unterscheidet sich bzgl. der Zusammensetzung der Demonstranten nicht wesentlich von den entsprechenden Bewegungen in anderen westlichen Ländern. Leider muss man zugeben: Pegida setzt bei einem Klassen- und Milieu-Konflikt an und erreicht so auch linke/sozialdemokratische Wähler.

Ableger der Pegida gibt es – mit anderen Namen - in Kassel, Düsseldorf, Bochum, München, Würzburg, Rostock, Bonn und anderen Städten, allerdings zeigen die Bilder der letzten Tage, dass nur in Dresden die Zahl der Pegida-Anhänger regelmäßig höher war als die der Gegendemonstranten.

Träger und Akteure der Bewegung sowie Beteiligte sind neben dem – inzwischen zurückgetretenen - **Lutz Bachmann** auch AfD-Mitglieder wie Rechtsanwalt **Alexander Heumann**, Mitglied der AfD und Vertreter von deren „Patriotischer Plattform“. Diese organisiert z.B. in Düsseldorf „Dügida“. Der Name „Pegida“ geht wohl auch auf das Konto dieses Flügels der AfD. Insgesamt hat sich in den letzten Wochen der rechte Flügel der AfD – und da insbesondere die Fraktionsvorsitzende dieser Partei im sächsischen Landtag, Dr. Frauke Petry – als Sprachrohr und „Versteherin“ der Pegida hervorgetan. Mit dabei sind außerdem

mehr als **1000 Neo-Nazis** und Teile der Wähler der sächsischen FDP, welche einen starken national-liberalen Kurs gefahren hat.

Anmerkung:

- 1) Dabei sollte man nicht vergessen, dass die **CDU in Sachsen** bzgl. Koalition etc. deutlich auf die AfD zugegangen ist. Die Frage sei erlaubt: Wo steht die CDU in Sachsen wirklich???
- 2) Nach der **Jauch-Sendung am 18.1.15** muss man sich fragen, ob die Organisatoren wirklich aus so unterschiedlichen, aber vorwiegend demokratisch-gutwilligen Ecken kommen, wie das **Kathrin Oertel**, die neue – inzwischen zurückgetretene - Frontfrau von Pegida, dem Zuhörer etwas schlicht zu vermitteln versuchte. Oder ob sie einfach eine Wölfin im Schafspelz ist..... Peinlich war aber, wie Herr Jauch das Ganze moderiert hat. Als Teil der angeblichen „Lügenpresse“ hätte ich mir gewünscht, dass er zumindest dieses Thema stärker aufgegriffen hätte.
- 3) Die **Absage aller Dresdner Demonstrationen** am 19.1.15 wegen eines angeblichen geplanten Terror-Anschlags auf Lutz Bachmann war aus meiner Sicht ein Sündenfall für unsere Demokratie: Die Pegida-Anhänger werden Zulauf aus vielen Ecken – auch des bürgerlichen Spektrums – erhalten. Nazis und die Terroristen reiben sich die Hände. Verlierer sind die demokratischen Freiheiten und damit wir alle.
- 4) Nach dem **Auseinanderfallen der Pegida-Spitze** bleibt abzuwarten, wie sich die Bewegung weiter entwickelt: Wieviele der Anhänger werden Lutz Bachmann und seinen Mannen weiterhin folgen und in welche Richtung wird sich der andere Teil entwickeln? Die Sorgen und Ängste dieser Menschen müssen ernst genommen werden. Die **SPD ist hier besonders in der Pflicht**, weil durch die Hartz-Gesetzgebung, die viele Menschen mit der SPD in Verbindung bringen, der Frust vieler Bürgerinnen und Bürger über unseren Staat gewachsen ist. Das Gefühl, zu den Verlierern zu gehören und ungerecht behandelt zu werden, ist nicht erst im letzten Herbst in Leipzig entstanden, sondern ist u.a. durch Umfragen und aus Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern lange bekannt. Es ruft auch Neid auf zuwandernde Menschen hervor. Mitglieder der Partei haben schon lange auf diese Entwicklung hingewiesen, sind aber leider nicht wirklich ernst genommen worden. Hier muss nun konkret und sichtbar durch das Handeln der SPD das Vertrauen der Menschen in den Staat wieder hergestellt werden. Auch die AG 60 plus wird sich unter dem Motto „**Du gehörst dazu!**“ dieser Arbeit widmen. Es richtet sich an alle Bevölkerungsteile, an Alt- wie Neubürger.

3) Ver.di-Verlautbarung zu Pegida: **„Intoleranz und Hass entgegenreten!“**

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter treten für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben und für eine sozial gerechte Weltordnung ein. So steht es in der Satzung der Gewerkschaft ver.di. Die Vorgänge um die Pegida-Demonstrationen können uns daher nicht kalt lassen.

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist dafür, dass Deutschland weiter Flüchtlinge aufnimmt. Die Pegida-Anhänger vertreten die gegenteilige Auffassung. Bei ihnen paart sich das häufig mit einer unübersehbaren Distanz zur Politik, ja zum Teil mit unverhohlener Verachtung für Parteien und Politiker. Das Wort von der „Lügenpresse“ macht unter Pegida-Demonstranten die Runde. Viele unter ihnen glauben, dass das, was sie im Alltag bewegt,

von Politik und Medien nicht aufgegriffen oder sogar unterdrückt wird.

Nachdem zunächst Hooligans, Skinheads oder rechte Schlägertrupps vergeblich versucht hatten, die Abscheu vor der Barbarei des sogenannten Islamischen Staates (IS) für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und sich gesellschaftlich als Stoßtrupp gegen die Islamisierung zu profilieren – zu abstoßend war ihr Auftreten -, nun ein neuer Anlauf, um das Thema nach rechts andockfähig zu machen: jetzt biederer daherkommend, mit einer Propaganda, die eine „Islamisierung des Abendlandes“ herbeifantasiert und sich dabei gegen Vernunft und Tatsachen abschottet.

Wie viele Muslime leben in Deutschland? Laut einer Umfrage meinen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, es seien 19 Prozent. In Wahrheit sind es sechs Prozent.

Die Angst vor einer Islamisierung ist am größten dort, wo die wenigsten Muslime leben. In Nordrhein Westfalen, wo jeder dritte Muslim zu Hause ist, fühlen sich von radikalen Islamisten, IS und salafistischen Hasspredigern 46 Prozent bedroht. In Sachsen, wo kaum Muslime leben, sind es 70 Prozent. Gegen Terror und religiös motivierte Gewalttäter muss man vorgehen. Hier werden aber noch andere Ängste sichtbar: Dies ist Ausdruck einer Öffentlichkeit, die sich durch Präsenz und Praxis einer Glaubensgemeinschaft herausgefordert fühlt, weil sie um ihren Identitätskern fürchtet. Pegida versucht, das zu instrumentalisieren mit dem Appell an den „patriotischen“ Europäer, der sich vor einer „Islamisierung des Abendlandes“ fürchtet.

Gerade in Deutschland, wo im Vorfeld des Nationalsozialismus vor der sogenannten „Verjudung“ der deutschen Gesellschaft gewarnt wurde und der Druck und die Nöte der von der Weltwirtschaftskrise Bedrohten gegen eine religiöse Minderheit, gegen Demokratie, Parteien und die sogenannte „Systempresse“ kanalisiert wurden, sollten wir sensibel sein, wenn heute eine religiöse Minderheit zum Sündenbock für strukturelle Probleme gemacht wird.

Statt mit falscher Problemdiagnose von der Suche nach Lösungen für die sozialen Probleme abzulenken, die in Angst vor Altersarmut und sozialem Abstieg, Prekarisierungserfahrungen und auch im Anpassungsdruck für ein als Einwanderungsland definiertes Deutschland liegen, müssen wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diese Probleme aufgreifen und für die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Menschen in unserem Land kämpfen: mit dem entschiedenen Bekenntnis zu einem aktiven Sozialstaat und mit der klaren politischen Botschaft für Integration und gegen Ausgrenzung.

Wir kämpfen für Löhne, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, für auskömmliche Renten und für gute Arbeit. Und wir treten Intoleranz entgegen, egal, in welchem Gewand sie uns gegenübertritt, ob als islamistische Hasspredigt oder als verallgemeinernde Abwertung von Muslimen. Wir treten zugleich dafür ein, die Debatte um Integration und Zuwanderung zu versachlichen.

Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine humanitäre Verpflichtung und für beide Seiten auch eine Chance. Die Flüchtlinge von heute, die unsere Gesellschaft kulturell bereichern, können die integrierten Familien und Fachkräfte von morgen sein. Wer dies will, darf aber nicht darüber hinwegsehen, dass mit den zuletzt mehr als 200.000 Flüchtlingen natürlich auch neue Probleme ins Land kommen. Wer die Chancen für unsere Gesellschaft erkennt, muss die damit einhergehenden Herausforderungen annehmen. Da liegt bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt noch vieles im Argen, bedarf es sprachlicher Integrationsangebote, intensiver Berufsberatung, zügiger Anerkennung von Abschlüssen, wirksamer Unterstützung

der Städte und einer Finanzierung der Flüchtlingsunterkünfte aus dem Bundesetat.

Wir setzen uns als Gewerkschaft für eine demokratische, offene Gesellschaft ein, gegen „völkische“ Ab- und Ausgrenzung, für eine Gesellschaft, in der Freiheit, die Einhaltung der Grundrechte und soziale Gerechtigkeit zentrale Werte sind und die Würde des Menschen als unveräußerlich geachtet wird – allen gegenüber gleichermaßen.

Gemeinsam sind wir aufgerufen, Intoleranz und Hass entschieden entgegenzutreten.

4) Themenlabor Neue Verantwortungskultur/Neue Bürgerthemen **am 3.12.14**

Bei der zweiten Sitzung der Steuerungsgruppe dieses Themenlabors waren anwesend: Serge Embacher, Mathias Fiedler, Ernesto Harder, Oliver Kaczmarek, Ulrich Kelber, Ansgar Klein, Christina Schildmann, Svenja Stadler, Ralf Stegner, Sascha Vogt, Angelika Graf und MitarbeiterInnen des WBH.

Über den aktuellen Sachstand aller Themenlabore wurde informiert:

- In Kürze erscheint eine Broschüre mit Kurz-Vorstellungen aller Themenlabore – die Mitglieder der Steuerungsgruppe erhalten diese beim nächsten Treffen
- Ab Januar 2015 gibt es eine Internet-Plattform aller Themenlabore, wo mit unterschiedlichen Formaten der jeweilige Arbeitsprozess abgebildet werden soll.
- Neue Wegmarke für die Arbeitsplanung der Themenlabore ist der SPD-Bundesparteitag im Dezember 2015. Alle Themenlabore sind gebeten, mit einem Antrag erste inhaltliche „Pflöcke einzuschlagen“. Da der Parteivorstand in seiner Sitzung am 5.10.15 darüber beschließen muss, wäre Fristende für die Redaktion Mitte September 2015.

Ziel der Sitzung am 3.12.14 war u.a., konkrete Leitfragen und Arbeitshypothesen zu identifizieren, mit denen sich das Themenlabor 2015 näher beschäftigen soll. Im Folgenden die für unsere AG wichtigen Fragen und Punkte ziemlich ausführlich, weil wir uns da gut einbringen können und **unsere Arbeit im ehrenamtlichen Bereich eine gute Grundlage erhält:**

Thema 1: Gesellschaftliche Identität (Impulsreferate von Ansgar Klein und Serge Embacher):

Was hält die Gesellschaft zusammen – und auf welchen Werten beruht bürgerschaftliches Engagement?

Konservative Antwort ist die „Leitkultur“. Dagegen steht das Konzept einer pluralen kulturellen Landschaft. Vielfalt kann aber nur bei Einverständnis über demokratische Spielregeln gelebt werden. Zivilgesellschaftlicher Zusammenhalt steht aber auch in Zusammenhang mit wirtschaftlichem Erfolg. Partizipation ist die Grundlage von zivilgesellschaftlichem Engagement. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist durch zahlreiche Zentrifugalkräfte gefährdet, an denen die Politik nicht unschuldig ist.

Wo weisen diese Werte eine Anknüpfung an sozialdemokratische Grundwerte auf?

- Thema „Soziale Gerechtigkeit“: Ungleichheit gefährdet den Zusammenhalt und die Zustimmung zum demokratischen System.
- Thema „Solidarität“
- Thema „Bildungs- und Sozialpolitik“
- Freiwillige suchen Sinnhaftigkeit viel mehr als Anerkennung durch Preise und Medaillen. Diesen Sinn muss die SPD vermitteln.

Was ist unser Verständnis von gesellschaftlicher Verantwortung – in Abgrenzung zu neoliberalen und konservativen Interpretationen?

- Der Verantwortungsbegriff ist überflüssig und gefährlich wegen der Gefahr der ideologischen Überhöhung.
- Es gibt ein Recht auf Bürgerschaftliches Engagement, aber keine entsprechende Bürgerpflicht, wie uns das von konservativer Seite oft vermittelt wird. Die Freiheit, sich nicht zu engagieren muss erhalten bleiben.

Was sind unsere Ansprüche an die Zivilgesellschaft?

Das Konzept der „solidarischen Zivilgesellschaft“ ist wichtig für die SPD, aber nicht alles, was Zivilgesellschaft tut ist in unserem Sinne per se gut.

Wo verläuft für uns die Grenze zwischen Engagement und (oft prekärer) Erwerbsarbeit im sozialen Bereich?

- Wir brauchen klare Regeln für den Übergang von Engagement zur Erwerbsarbeit.
- Der Bundesfreiwilligendienst wird in notleidenden Kommunen als Lückenbüsser missbraucht.
- Die verbreitete Kombination von Ehrenamtszuschale plus Minijob ist prekäre Erwerbsarbeit unter dem Deckmantel des Ehrenamtes und oft rentenschädlich.
- Engagement muss auf nicht-instrumentelle Weise in ein „welfare mix“ eingebunden werden. (z.B. als Spazier-Begleitung in der Pflege. Dies muss aber durch Hauptamtliche geleistet werden!)

Thema 2: Verantwortungsübernahme innerhalb und außerhalb der Familie

Input Christina Schildbach. Sie berichtet auch über das FES-Fachgespräch „Verantwortung füreinander übernehmen als Paar und jenseits davon – welche Möglichkeiten brauchen wir?“

Folgende Fragen werden aufgeworfen und bearbeitet:

Wie kann im Sinne sozialdemokratischer Programmatik gegenseitige Verantwortungsübernahme in neuen Lebensmodellen außerhalb der Ehe gestärkt werden (nicht verheiratete Paare, Senioren WGs etc.)?

Bessere Unterstützung von solidarischer Verantwortungsübernahme als Teil einer progressiven Gesellschaftspolitik, die den neuen Formen des Zusammenlebens entspricht: Der Spruch „Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen“ muss politisch unterlegt werden. Das Thema steht aus einer Reihe von Gründen gesellschaftlich an:

- Viele nicht-eheliche Kinder,
- Zunahme von Patch-Work-Familien,
- viele Alleinerziehende,
- demografischer Wandel und Angst vor Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung,
- viele Menschen ohne Kinder

Die heutige Familienpolitik in Deutschland wird dem immer noch nicht gerecht.

Welche Möglichkeiten der rechtlichen Absicherung solcher Lebensmodelle gibt es im europäischen Ausland und inwieweit sind sie auf Deutschland übertragbar?

Frankreich hat bereits 1999 unter Lionel Jospin den „Pacte Civile de Solidarite“ (PACS) eingeführt und 2013 die Ehe für alle (auch Homosexuelle) möglich gemacht. PACS und Ehe haben viele Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede, z.B. im Unterhaltsrecht, Erbschaftsrecht, Rentenrecht... Es sind in Frankreich allerdings Initiativen gescheitert, den PACS auch für andere Konstellationen (z.B. Wohngemeinschaften) möglich zu machen. Der PACS wäre aber in seiner derzeitigen Form auch für Deutschland verfassungsrechtlich möglich, sofern die parallel dazu weiterhin existierende Ehe nicht schlechter gestellt wird. Und er könnte dabei helfen, die Familienleistungen in Deutschland neu zu sortieren.

Thema 3: Zivilgesellschaftliches Engagement (Input: Serge Embacher):

Folgende Fragestellungen wurden bearbeitet:

Wo engagieren sich Menschen vor Ort und was wünschen sie sich von der Politik?

- 23 Mio. Menschen in Deutschland engagieren sich zivilgesellschaftlich,- die meisten davon in den ca. 580.000 Vereinen, aber auch in Stiftungen, Genossenschaften etc.
- Auch beim ehrenamtlichen Engagement kann man soziale Spaltungstendenzen feststellen: Bildung, Integration und finanzielle Möglichkeiten bestimmen die Form des Engagements.
- Engagierte brauchen keine Medaillen etc., sondern
 - Lokale Anlaufstellen- vor allem Freiwilligen-Agenturen, die qualifizieren, vernetzen und vermitteln
 - Rechtliche Rahmenbedingungen im Gemeinnützigkeits- und Zuwendungsrecht
 - Langfristige Förderstrukturen, d.h. keine befristeten Projektförderungen
- Weitere wichtige Reformbaustellen:
 - Prekäre Beschäftigung unter dem Deckmantel des Ehrenamtes (s.o.)
 - Mehr institutionelle Förderung statt der z.T. einjährigen Projektförderung, die dauerhaftes Engagement unmöglich macht.

Thema 4: Neue Beteiligungsmöglichkeiten (Input: Ansgar Klein)

Wer engagiert sich eigentlich und warum?

Alle Engagierten haben eine quasi politische Motivation: Sie wollen die Gesellschaft gestalten. Wenn sie das nicht schaffen, hören sie damit auf!

Wer engagiert sich warum nicht?

Die schwierige Vereinbarkeit von Familie, Beruf und zivilgesellschaftlichem Engagement wird oft vergessen und manch einer – insbesondere aus engagementfernen Milieus - braucht einen Anstoß. (Positives Beispiel ist das Konzept der „Sozialen Stadt“, wo sich auch Menschen für ihr Viertel engagiert haben, die sonst nie bei ehrenamtlichen Aktionen dabei waren.) SchülerInnen haben oft wegen der längeren Schulzeiten (G8, Ganztagschule) keine Zeit für's Ehrenamt.

Bzgl. der **Arbeitsplanung bis zum Bundesparteitag 2015** wurden folgende Schwerpunkte beschlossen:

a) Moderne Gesellschaftspolitik – Zusammenhalt in der Familie stärken

Arbeitsplanung:

Workshop im kleineren Rahmen am 16.3.2015, 13.00 – ca. 17.00 Uhr

Eingeladen werden sollen ExpertInnen in eigener Sache wie z.B. Alleinerziehende, Seniorenverbände etc.. Mit ihnen wollen wir Leitlinien diskutieren: Was wollen die Menschen? Welche Konstellationen zeichnen sich ab? Wollen wir das politisch ermöglichen – oder nicht? Welche Maßnahmen sind erforderlich?

b) Teilhabe für alle

Welche Gruppen partizipieren an der Bürgergesellschaft und was ist mit den „Abgehängten“?

Wer sind die „Abgehängten“ und wer engagiert sich für sie?

Was kann Politik tun, um Teilhabe für alle zu gewährleisten?

Arbeitsplanung:

Treffen von Mitgliedern der Steuerungsgruppe mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich um „Abgehängte“ kümmern im Laufe des Jahres 2015

Ansprechpartnerin im WBH Kerstin.Freudiger-Utke@spd.de

c) Bürgerschaftliches Engagement fördern

Welche Formen des Bürgerschaftlichen Engagements benötigen besondere Unterstützung?

Was muss Politik leisten, um eine aktive Bürgergesellschaft zu fördern?

Arbeitsplanung:

Projektmesse („Markt der Möglichkeiten“) mit Vorschlägen aus den Wahlkreisen mit Vortrag/Diskussion im WBH oder zusammen mit zentralen Veranstaltungen der Nachbarschaftskampagne im September 2015 in NRW. Auf dieser Grundlage soll dann der Antrag zum Bundesparteitag entwickelt werden.

d) Den Genossenschaftsgedanken stärken

Wie ist die Entwicklung im Bereich Genossenschaften und wo besteht politischer Handlungsbedarf?

Wie kann der Genossenschaftsgedanke genutzt werden, um einen wirtschaftlichen Umbau voranzutreiben?

Arbeitsplanung:

Integration des Themas in den Bereich c), da viele gesellschaftliche Initiativen die Rechtsform der Genossenschaft nutzen möchten.

5) Digitaler Beirat Orga-Kommission am 24.1.15 in Berlin

Der Digitale Wandel birgt ein enormes Potential für alle Lebensbereiche – ob am Arbeitsplatz oder im eigenen Heim. Vor allem für Organisationen bieten Vernetzungs- und Kommunikationsmöglichkeiten enorme Möglichkeiten für eine effiziente und beteiligungsorientierte Zusammenarbeit. Die SPD geht diesen Weg seit einigen Jahren relativ konsequent. So waren wir die Ersten, die Online-Eintritte möglich gemacht haben. Das Mitgliedervotum hat neue Maßstäbe gesetzt.

Zwei Fragen sind für diesen Prozess zentral:

- Wie können wir durch digitale Instrumente unsere Mitglieder und interessierte BürgerInnen stärker in Entscheidungs- und Diskussionsprozesse auf allen Ebenen einbinden?
- Welche Werkzeuge können wir Haupt- und Ehrenamtlichen an die Hand geben, die es ihnen erleichtern, ihre und unsere politischen Ziele zu erreichen?

Bei der zweiten Sitzung des Digitalen Beirats, welcher für die Orga-Kommission Vorschläge erarbeiten soll, ging es vor diesem Hintergrund diesmal vorwiegend

- Um die Möglichkeiten, Tools zu entwickeln zur **Erarbeitung von Texten**, sodass über das Internet gemeinsam an Positionen gearbeitet werden kann.
- Um die Ergänzung der bisherigen Abstimmungsmöglichkeiten bei Mitgliederentscheiden oder –begehren um eine **Online-Abstimmung**. Für einen Mitgliederentscheid schlagen wir künftig zwei Möglichkeiten vor: Entweder die alleinige Briefabstimmung oder die Kombination aus Online- und Briefabstimmung. Da es viele Mitglieder gibt, die mit digitalen Medien „nichts am Hut“ haben, wurde auf die Möglichkeit der reinen Online-Abstimmungen verzichtet. Die Anforderungen an solche Abstimmungsmöglichkeiten – insbesondere bzgl. der Transparenz, der Geheimhaltung, der Zuverlässigkeit und des Ausschlusses von Manipulationsmöglichkeiten - wurden ausführlich diskutiert.

6) Aus der Bundestagsfraktion

Am 8./9. Januar fand die diesjährige Klausursitzung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin statt.

Die Tagesordnung für den 8.1.15 weist aus, dass nach dem Politischen Bericht durch Thomas Oppermann und dem Bericht des Parteivorsitzenden **Frau Prof. Renate Köcher**, die Geschäftsführerin von IfD Allensbach über „Themen, die die Bürgerinnen und Bürger bewegen“

berichtete. (**Anmerkung:** Die Einzelheiten dieses Vortrags könnt Ihr den auf unserer Homepage für Euch zugänglichen 49 Seiten entnehmen. Seniorenrelevante Themen wie Rente, Gesundheit, Pflege haben hier durchaus eine Rolle gespielt. Ich weiß allerdings nicht, ob sie auch Eingang in die Debatten in der Fraktion gefunden haben. Ich hoffe es und rate, die jeweiligen MdBs vor Ort dazu zu befragen.)

Danach wurden Workshops abgehalten, zu denen nur die MdBs – also keine Mitarbeiter der Fraktion oder der Abgeordneten Zutritt hatten.

Am 9.1.15 wurde u.a. die Arbeitsplanung für das 1. Halbjahr 2015 vorgestellt. Die Ergebnisse der Workshops sollten in die Themen und Schwerpunktsetzungen des zweiten Halbjahres 2015 einfließen.

Die Schwerpunkte der Fraktion im Frühjahr 2015 sind:

- 1) **Menschenwürdige und gut bezahlte Arbeit.** Ziele sind
 - Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Verbesserung der Situation für Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen
 - Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen
 - Neustart bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit
 - Zwangsprostitution bekämpfen, Prostitution besser regeln
- 2) **Gleichstellung von Frauen und Männern.** Ziele sind
 - Verabschiedung einer gesetzlichen Frauenquote
 - Gleicher Lohn für Frauen und Männer durch ein Entgeltgleichheitsgesetz
- 3) **Fachkräfte, Investitionen & Innovationen für die Wirtschaft.** Ziele sind
 - Stärkung privater und öffentlicher Investitionen durch eine Investitionsstrategie
 - Neuer Schwung beim Bürokratieabbau
 - Reform des Meister-BAföG und Allianz für Fachkräfte
 - Förderung des Spracherwerbs für Zuwanderer zur Sicherung qualifizierter Fachkräfte
 - Ausbau der digitalen Infrastruktur und mehr Investitionen in Verkehrswege
 - Mittelstandsfreundliches Vergaberecht für öffentliche Aufträge
- 4) **Neue Energie für den Klimaschutz.** Ziele sind
 - Neues Strommarktdesign für Versorgungssicherheit und Preisstabilität
 - Fortschritte im Netzausbau
 - Umsetzung des Aktionsprogramms Klimaschutz 2020 und des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz
 - Ein neues weltweites Klimaschutzabkommen ab 2020
- 5) **Frieden bewahren und Verantwortung übernehmen.** Ziele sind
 - Frieden schaffen durch Diplomatie, Völkerrecht und humanitäre Solidarität
 - Extremismus rechtsstaatlich verfolgen
 - Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses in der Justiz und beim Verfassungsschutz
- 6) **Verbraucher & Mieter schützen.** Ziele sind
 - Exzessive Mietsteigerungen durch die Mietpreisbremse stoppen und ein Bestellerprinzip bei Immobilienmaklern
 - Verbesserung des Verbraucherschutzes auf dem Finanzmarkt
 - Verabschiedung der EU-Datenschutz-Grundverordnung
 - Verbot von Fracking
 - Initiative für gute Ernährung
- 7) **Menschenwürdiges Sterben ermöglichen.** Ziele sind
 - Eine gesetzliche Regelung zur Sterbehilfe auf Grundlage eines breit angelegten gesellschaftlichen Diskussionsprozesses
 - Stärkung der Palliativmedizin und Hospize

- 8) **Sicherheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.** Ziele sind
- Unsere demokratische Grundordnung und innere Sicherheit entschlossen mit den Mitteln des Rechtsstaates schützen
 - Gesellschaftlichen Zusammenhalt und interkulturellen Dialog stärken. Für ein friedliches Miteinander aller Religionen in unserem Land
 - Neues Einwanderungsgesetz, das gute und transparente Rahmenbedingungen für qualifizierte Zuwanderung schafft.
- 9) **Eine moderne und faire Handelspolitik.** Ziele sind
- Transparente Verhandlungen der Handelsabkommen mit Kanada und den USA
 - Gewährleistung der bestmöglichen Standards für Beschäftigte, Verbraucherinnen und Verbraucher um im Umweltschutz
 - Keine Einschränkung der Gesetzgebungsmacht der Parlamente durch Sondergerichtsbarkeiten
- 10) **Kommunen unterstützen und Flüchtlinge aufnehmen.** Ziele sind
- Kein Platz für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland
 - Weiter Finanzielle Entlastung für Kommunen
 - Unterstützung der Kommunen bei Flüchtlingsunterbringung
 - Bleiberecht für langjährig in Deutschland Geduldete

***Anmerkung:** Alles gute Ziele, aber für die älteren Mitbürger ist da auf den ersten Blick nicht wirklich viel dabei! Aber vielleicht kann man diesen Aspekt ja bei jedem der Punkte einarbeiten.....*

11) 11. Deutscher Seniorentag vom 2.-4. Juli 2015 in Frankfurt

Die Deutschen Seniorentage finden alle drei Jahre statt und richten sich an Menschen jeden Alters. In rund 100 Vorträgen und Diskussionsrunden sprechen Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verbänden und Wissenschaft über aktuelle Fragen, u.a. aus den Bereichen Gesundheit, Vorsorge, Verbraucherschutz, Wohnen, Sicherheit und Pflege. Bestandteil der Deutschen Seniorentage ist die Messe SenNova, bei der Produkte und Dienstleistungen für Menschen ab 50 Jahre präsentiert werden.

Der 11. Deutsche Seniorentag 2015 steht unter dem Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“ Seine Botschaft lautet: Die Herausforderungen der Zukunft können nur durch das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Gruppen gemeistert werden. Wie wollen wir in der Zukunft (zusammen-)leben, wohnen und arbeiten? Dies sind Fragen, die alle Menschen betreffen, unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft oder ihrer gesellschaftlichen Stellung. Nur gemeinsam können wir etwas erreichen.

Auf der Messe ist **die AG 60 plus** wieder mit einem **Info-Stand** vertreten. Er wird von den Hessischen GenossInnen und den Mitgliedern des Bundesvorstandes betreut. Wir würden uns aber freuen, wenn zusätzlich einige von Euch bei uns vorbeikämen, um uns zu entlasten.

Unser **inhaltlicher Beitrag** zum Seniorentag wird sich mit dem Thema „Wahlen“ befassen: Ältere Menschen sind treue Wähler. **Teilnahme an Wahlen ist Teilhabe an der Demokratie.** Dies ist oft schwierig. Stimmzettel sind oft riesig, manche Wahllokale nicht behinderten gerecht und die Briefwahl birgt die Gefahr des Missbrauchs. Am **4.7.2015** werden wir deshalb eine **Informations- und Diskussionsveranstaltung** mit dem Titel **„Unser Wahlrecht – inklusiv genug für die älter werdende Gesellschaft?“** mit unserer ehemaligen Justizministerin **Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin** anbieten. Sie wird mit einem Kurzreferat mit dem Titel **„Wahlen in einer älter werdenden Gesellschaft: Probleme, Fragen und mögliche Antworten“** in das Thema einführen und dann zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Einen **weiteren inhaltlichen Beitrag** werden die Organisation **HelpAge Deutschland** und die **AG 60 plus** gemeinsam anbieten. Unter dem Titel „**Die Diskriminierung alter Menschen beenden**“ wollen wir in einer Podiumsdiskussion am **2.7.2015** der Frage nachgehen, ob wir eine **Menschenrechtskonvention für Senioren** brauchen. Experten auf dem Podium werden sein: Michael Bünthe (HelpAge Deutschland), Claudia Mahler (Deutsches Institut für Menschenrechte) und Angelika Graf (SPD AG 60 plus).

Die genaueren Termine und Einzelheiten entnehmt Ihr bitte dem Programm des Seniorentages bzw. dem nächsten Newsletter.

12) Fotowettbewerb der BAGSO für den 11. Seniorentag – Einsendeschluss: 15. April 2015

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) und die Feierabend Online Dienste für Senioren AG (Feierabend.de) loben zum fünften Mal gemeinsam einen Fotowettbewerb aus. Anlass ist der 11. Deutsche Seniorentag.

Der Wettbewerb

Die BAGSO und Feierabend.de laden dazu ein, das Motto „Gemeinsam in die Zukunft!“ fotografisch umzusetzen. Gefragt ist eine persönliche Vision oder Vorstellung dieses Mottos – gebündelt in einem Foto. Es besteht die Möglichkeit, dem Foto einen erläuternden Text beizufügen.

Der Fantasie der Fotografen sind keine Grenzen gesetzt.

Hobbyfotografinnen und -fotografen können bis zum **15. April 2015** ihr Foto auf der Seite Feierabend.de hochladen. Die Bilder müssen eine Auflösung von **300 dpi**, eine Größe von mindestens **1** und **maximal 3 MB** haben und im **jpeg-Format** vorliegen!

Die Sieger werden zwischen dem 1. und 31. Mai 2015 per Online-Abstimmung ermittelt.

Weitere Details zum Ablauf des Wettbewerbs finden Sie sowohl unter www.feierabend.de/Leben50/Fotowettbewerb-Feierabend-de-und-BAGSO-55466.htm als auch auf www.deutscher-seniorentag.de.

Preise

Mitmachen lohnt sich, den Gewinnern winken wertvolle Preise:

1. Preis: Flusskreuzfahrt von Linz nach Budapest vom 19. bis 25.9.2015
2. Preis: Digitalkamera im Wert von 400 €
3. Preis: Digitalkamera im Wert von 300 €
4. Preis: Digitalkamera im Wert von 200 €
- 5.-10. Preis: Bücher, z.B. zur digitalen Bildbearbeitung, im Wert von je 50€.

Weitere Informationen

Feierabend Online Dienste für Senioren AG

Dr. Gabriele Hofmann-Maibaum Kaiserstr.

65

60329 Frankfurt am Main Tel.:

069 / 256 28-150

Fax: 069 / 25 628-199

E-Mail: gabriele.hofmann@feierabendag.com

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Ursula Lenz, Pressereferat Bonngasse 10,

53111 Bonn

Tel.: 02 28 / 24 99 93 18, Fax: 02 28 / 24 99 93 20

E-Mail: lenz@bagso.de www.bagso.de

www.deutscher-seniorentag.de

13) Materialien für die Werbung für den 11. Seniorentag

Name Vorname	
Organisation	
Lieferanschrift (kein Postfach)	
Telefon	
email	
Datum Unterschrift	





Aufkleber DinA 8

Flyer



Postkarte DinA 6

Bestellung	
Flyer	_____ Stk.
Aufkleber	_____ Stk.
Postkarten	_____ Stk.

Bestellung bitte an: BAGSO e.V.

Fax: 0228 /24 99 93 20 oder E-Mail dst@bagso.de
 Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen .
 Bonngasse 10 . 53111 Bonn

14) Aus den Landes- und Bezirksverbänden

Saarland:

Am 11. Dezember 2014 traf sich der Landesvorstand der AG 60 plus Saar zu seiner traditionellen Jahresklausur bei der AWO in Völklingen-Ludweiler.

Einer der Schwerpunkte der Klausur war ein Bericht des stellvertretenden Landes- und Fraktionsvorsitzenden und DGB-Landesvorsitzenden Eugen Roth über die Bilanz der Polizeireform, die vor 2 Jahren im Saarland stattgefunden hat. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion über die innere Sicherheit ein hochbrisantes Thema, das heftig und trotzdem sehr sachbezogen diskutiert wurde.

Zweiter Schwerpunkt war das Arbeitsprogramm für das Jahr 2015.

Dabei stechen zwei Ereignisse besonders hervor.

Einmal der Jahrestag der Saarabstimmung am 13. Januar 1935.

An diesem Tag stimmte die große Mehrheit der Saarländer für die Rückkehr nach Deutschland.

Nationalismus hatte die Menschen blind gemacht für die Diktatur Hitlers, viele waren geblendet von den wirtschaftlichen Anfangserfolgen des Regimes.

Die derzeitige Hetze gegen Muslime und Flüchtlinge ist für die AG 60 plus Saar Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass Flucht und Verfolgung bei uns im Saarland eine besondere Geschichte haben.

Weil das Saargebiet nach dem 1. Weltkrieg vom Völkerbund verwaltet wurde, bot es ab 1933 Tausenden, die Hitler-Deutschland verlassen mussten, eine sichere Zuflucht. Wer vor den Nazis fliehen musste, fand an der Saar Aufnahme und Unterstützung. Hier erfuhren die Verfolgten das, was die einen Solidarität und die anderen Nächstenliebe nennen. Für manche war das Saarland Durchgangsstation, andere blieben länger. Rudolf Breitscheid, Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion, ging weiter nach Frankreich ins Exil. Marie Juchacz, die Gründerin der Arbeiterwohlfahrt, blieb zwei Jahre im Saargebiet.

Die Saarländischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden anlässlich zweier Ausstellungen dieses Tages gedenken.

Das zweite Ereignis ist das 20-jährige Bestehen der AG 60 plus Saar. Diese Ereignis werden wir gebührend feiern und zwar am Samstag, dem 13. Juni 2015, 15.00 Uhr, bei unseren Freunden von der AWO in Saarbrücken.

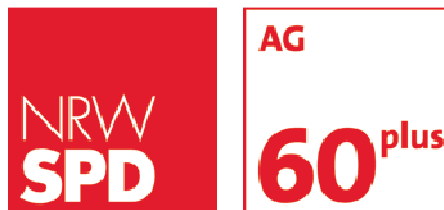
Die Festrede hält Reinhard Klimmt (Ministerpräsident a.D., Bundesminister a.D.) Für die Saar-SPD spricht Anke Rehlinger (stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin).

Wir freuen uns auch ganz besonders über die Teilnahme unserer Bundesvorsitzenden Angelika Graf.

Vor dem Hintergrund der tollen Veranstaltung in Mainz werden wir uns besonders anstrengen müssen.

Jürgen Rischar

Nordrhein-Westfalen




Als Arbeitsgemeinschaft 60plus der NRWSPD haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, unser politisches Tun im direkten Kontakt mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Akteuren zu suchen. Weil Politik scheinbar komplizierter geworden ist und Entscheidungen zu vielen aktuellen Geschehnissen nicht immer auf ein „offenes Ohr“ bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern trifft, wollen wir – in Zusammenarbeit – mit den „Vorortbeteiligten“ unser Handeln ausrichten.

Wir wollen als Arbeitsgemeinschaft die Möglichkeit bieten, unterschiedliche Milieus der Gesellschaft anzusprechen und wir wollen bei der Ansprache von Zielgruppen neue Impulse und Ideen gewinnen.

Im Laufe unserer Arbeit im Landesverband der AG haben wir uns mit der *Rolle und dem Selbstverständnis* der Arbeitsgemeinschaft in NRW beschäftigt. (Das Ergebnis haben wir in einer Präsentation zusammengefasst. Bei Interesse kann diese auf unserer Homepage www.ag60plus-nrwspd.de eingesehen werden, Register „über uns“).

Damit wir dem „selbst auferlegtem“ Anspruch gerecht werden, haben wir im Landesvorstand einen Jahres-Arbeitsplan aufgestellt. Hiermit wollen wir Impulse setzen - auch für die Arbeit in den Unterbezirken und Regionen. Gleichzeitig wollen wir aber auch Ideen und Forderungen in die SPD hineinbringen. In den ersten Arbeitsthemen werden wir uns mit folgenden Inhalten beschäftigen:

„Bessere soziale Leistungen brauchen wirtschaftlichen Erfolg und eine gerechte Verteilungskompetenz“

„Gerechte Steuern, Erwerbsminderungsrente sowie die Beseitigung der drohenden Gefahr von Altersarmut“ 

„Demographischer Wandel ist ohne Wohlstandseinbuße möglich“

Ein weiterer Abschnitt wird das Thema „Pflege und Alter“ beinhalten. Reformen sind hier notwendig und sie müssen finanzierbar sein. Der Mensch muss im Mittelpunkt stehen und bei der Pflege darf man nicht nur in Minuten denken.

Hier werden wir unseren Dialog mit Verbänden (AWO) und Vertretern aus der Kommune führen.

In einer (Fort)Bildungsveranstaltung werden wir uns mit Vertretern der DGB-Senioren zum Thema „Flexibilität und Humanisierung der Arbeit im Alter“ beschäftigen und mit einem Vertreter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans Böckler Stiftung das Thema „Altersarmut verhindern“ erörtern.

Mit dem Landesvorsitzenden der NRW Jusos – Frederick Cordes – werden wir über „Generationengerechtigkeit“ ins Gespräch kommen.

Weiterhin stehen Themen wie die Pflegereform und das Landespflegegesetz NRW (hier in Zusammenarbeit mit der ASG), Gewerkschaftsgespräche zu den Themen „Flexibilität in der Rente“, „DGB-Rentenreport 2014“ und „Wie sollte die Steuerpolitik gerechter werden“? auf unserer Agenda.

Ein Verbändegespräch mit dem NRW Sozialverband, eine Diskussion mit Vertretern des „Senior Expert Services (SES) über „Entwicklungspolitisches Ehrenamt und Öffentlichkeitsarbeit“ steht ebenfalls an. Darüber hinaus gilt es eine Landeskonferenz mit Neuwahlen vorzubereiten und den bundesweiten Aktionstag unserer Arbeitsgemeinschaft durchzuführen.

Es gibt viel zu tun!

Walter Cremer

Hamburg

Wieder im SPD-Landesvorstand: Der Landesparteitag der Hamburger SPD hat Rudolf Herbers wieder für 60 plus als stimmberechtigtes Mitglied in den Landesvorstand gewählt. Die Satzung des Landesverbandes erlaubt es den Arbeitsgemeinschaften Jusos, AfA, AsF und 60 plus, jeweils einen Kandidat / eine Kandidatin für die Wahl in den Landesvorstand zu nominieren.

Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft: Die SPD verteidigt am 15. Februar ihre absolute Mehrheit in der Bürgerschaft, die den Landtagen entspricht. Sie kann darauf verweisen, buchstäblich alle Vorhaben aus der letzten Wahl verwirklicht zu haben. Das Versprechen ordentlichen Regierens hat insbesondere die ältere Generation so beeindruckt, dass sie sich stärker als jede andere Altersgruppe an der Wahl beteiligte und erstmals der SPD vor der CDU die meisten Stimmen gab. Das neue Wahlprogramm enthält eine Fülle von

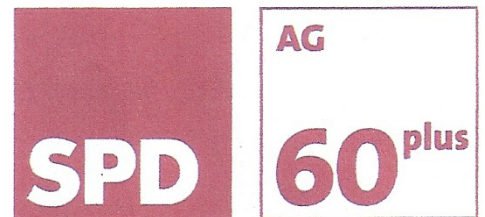
Vorhaben für die Generation 60 plus. Das beginnt bei barrierefreiem Ausbau von Bussen, Bahnen und Wohnungen und reicht bis zur Neuorganisation der Pflege in Hamburg. 60 plus beteiligt sich nach der Mitarbeit am Programm nun in allen Kreisen und zentral in der Hamburger Innenstadt am Wahlkampf.

Schiedsspruch: 60 plus darf vormittags tagen: Den langwierigen Streit um Sitzungszeiten zwischen einem Kreisverband und dem Landesvorstand 60 plus hat die Schiedsstelle des Landesverbandes jetzt entschieden. Danach darf der Kreisvorstand auch künftig an Werktagen vormittags tagen. Die Kläger hatten sich darauf berufen, nach Satzung müssten alle Parteiveranstaltungen allen Mitgliedern zugänglich sein, was Tagungstermine während der üblichen Arbeitszeiten ausschliesse. Die Schiedsstelle hat die Ansicht des Landesvorstands bestätigt, nach der eine Teilnahmegarantie für alle Mitglieder gar nicht möglich sei, vielmehr müsse sich die Sitzungszeit demokratisch aus den Möglichkeiten der gewählten Mitglieder ergeben.

(Der Schiedsspruch kann bei Rudolf Herbers abgefordert werden: herbersx2@aol.com).

Niedersachsen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands



SPD Bezirksvorstand 60plus besucht Westersteder Zeitbank

Mit dem Satz: "Wir werden unter veränderten Rahmenbedingungen neue Wege beschreiten müssen", eröffnete die erste Vorsitzende Martina Steguweit-Behrenbeck die Vorstellung der Westersteder Zeitbank vor dem Bezirksvorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus. „Wir leben in einem Zeitfenster, in dem sich gravierende Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens ändern“, zeigte die Vorsitzende weiter in ihrem Vortrag auf. Dabei sei klar, dass dabei neue Fragen auftauchen, die alt-hergebrachte Antworten selten vertragen. Unter den Aspekten der Altersentwicklung, der Bevölkerungsmobilität, der zunehmenden Berufstätigkeit von Frauen und dem Wegfall familiärer Hilfsstrukturen müssen Lösungsansätze unter der Überschrift: „Ich will solange wie möglich in meinen vier Wänden leben und alt werden“, neu überdacht werden. Dabei muss auch niedrigschwelliger Hilfebedarf Beständigkeit in einem verlässlichen Rahmen haben. Die Referentin untermauerte eine Vielzahl detaillierter Entwicklungsschritte, die sich aus der bisherigen Arbeit und über Vernetzungen zu ähnlich strukturierten Vorhaben – meist unter dem Dach der Initiative „Daheim statt Heim“ entwickelt haben.

Ein bedarfs- und wohnortorientiertes Angebot, dass ältere Menschen, die möglichst lange und selbstbestimmt in ihrem Zuhause leben wollen, findet unsere Zustimmung und hilft aufgrund der hier gemachten Erkenntnisse einen Weg zu beschreiten, den wir auch politisch unterstützen wollen, fasste der Bezirksvorsitzende Gerd Groskurt eine umfangreiche Diskussion zusammen. Auch unsere Überlegungen zu Seniorengenossenschaften sind eine gute Ergänzung von professioneller Hilfe und familiären Unterstützungsleistungen. In der Kreditwirtschaft, im Handel und in der Landwirtschaft hat sich der Gedanke einer

Genossenschaft lange etabliert. Es würde riesig helfen, wenn im Rahmen der Niedersächsischen Landespolitik eine „Vernetzungsstelle“ von den verschiedenartigen Aktivitäten zusammengefasst und koordiniert würde. In Niedersachsen und darüber hinaus sind diese Projekte längst im Alltag angekommen, so der Bezirksvorsitzende. Teilnehmer in diesen Projekten schätzen es gerade, dass sie einerseits ihre Zeit sinnvoll einbringen und andererseits die Sicherheit haben, im Bedarfsfall selbst Hilfe zu erhalten. Vor diesem Hintergrund kann die Landespolitik wertvolle Aufbauhilfe leisten, schloss die Versammlung mit einer Forderung an die Landespolitik ab.



Wir haben eine Fülle von tollen Initiativen, die dringend eine Vernetzung und Unterstützung benötigen waren sich Martina Steguweit-Behrenbeck und der 60plus Bezirksvorsitzende Gerd Groskurt einig.

Hessen-Süd:

Preiswerten Wohnraum schaffen

AG60plus Main-Kinzig gründet Wohnbau60plus Genossenschaft

Ausgangslage:

Preiswerte Wohnungen zu bekommen wird immer schwerer. Die Renten steigen durchschnittlich um höchstens 1% im Jahr, aber die Mieten vielfach um 10, 15, 20 %. Für junge Familien, Rentner, Alleinerziehende und Menschen, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, sind auf dem sogenannten “Freien Markt” keine bezahlbaren Wohnungen zu bekommen.

Wenn die Kommunen die Kosten für den Wohnraum übernehmen müssen, werden die Haushalte der Kommunen unglaublich belastet.

In vielen Kommunen gibt es Leerstände und Lücken, die sinnvollerweise geschlossen werden sollten. Aber da der “Markt” ja nur dort investiert, wo er den größtmöglichen Gewinn erzielen kann, werden für die oben beschriebenen Zielgruppen und städtebaulichen Notwendigkeiten keine Investitionen getätigt.

Unsere Antwort: Wir packen an!

Wir wollen dagegen in der Regel einfache Wohnungen schaffen, die preiswert und bezahlbar sind. Deshalb haben wir die Form einer Genossenschaft gewählt, weil dort das Prinzip:

“Ein Mitglied eine Stimme”

zählt und nicht nach Kapitalanteilen abgestimmt wird.

Wir bemühen uns darum, dass uns von den Besitzern Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung gestellt werden. Da vielfach die Kommunen Grundstücke haben, hoffen wir, dass uns diese Form der Erbpacht die Anfangsinvestitionen erleichtert.

Der Genossenschaftsgedanke ist ziemlich genau so alt wie die Sozialdemokratie; rund 150 Jahre. Und die Gründer dieser geplanten Genossenschaft sind “alte” Sozialdemokraten, die das Prinzip der Solidarität auch und gerade mit den Schwachen in der Gesellschaft leben. Deshalb sind wir als die Ideengeber auch immer noch auf der Suche nach weiteren Mitstreitern, die dieses Prinzip der Solidarität mit uns leben wollen.

Gerne helfen wir beim Nachmachen

Rosemarie und Erhard Bartel, Cornelia Schell-Häbich und Michael Schell

m.schell@wohnbau60plus.de

Tel.: 06051 13219

www.spd60plus.de

15) Veranstaltungen/Gespräche

Am **1. Dezember 2014** nahm die Vorsitzende an der **Feierstunde des Deutschen Berufsverbands für Altenpflege e.V. (DBAV)** anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Verbandes in der Kaiserin-Friedrich-Stiftung in Berlin teil. Hier wurde in einer Reihe von Referaten und Festreden der Altenpflegeberuf mit seinen Aufgaben aber auch seinen Problemen vorgestellt.

Der Verband wünscht sich von der Politik

- Eine Verbesserung des Ansehens und der Attraktivität des Berufes. Dazu gehört auch eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen.
- Der DBAV lehnt die 2012 vorgeschlagene und von der Bundesregierung geplante generalistische Ausbildung ab. Sie verlängere und verteuere die Ausbildung. Die versprochene Attraktivitätssteigerung für den Beruf wurde angezweifelt.
- Eine Reform der Pflegeausbildung müsse sich an den gegenwärtigen und künftigen Bedarfslagen und den Bedürfnissen der Bevölkerung orientieren.
- Die Einrichtung einer Pflegekammer wurde abgelehnt. Sie werde u.a. zu mehr Bürokratie und einer finanziellen Belastung der Pflegekräfte führen.

Beim **Gespräch** zwischen dem FES-Vorsitzenden und ehemaligen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten **Kurt Beck** und Angelika Graf und Reinhold Hemker am 2.12.14 ging es um eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen AG 60 plus und Friedrich-Ebert-Stiftung. Reinhold Hemker und Angelika Graf haben Kurt schriftlich einen Vorschlag unterbreitet. Die Antwort der FES steht noch aus.

16) Zur Lektüre empfohlen

- ❖ **SchwarzRotGrau – Altern in Deutschland** hrsg. von Heribert Prantl und Nina v. Hardenberg, Süddeutsche Zeitung Edition, 2008, ISBN 978-3-86615-616-6
- ❖ **GESAGT – GETAN – GERECHT** Jahresbilanz 2014 der SPD-Bundestagsfraktion
- ❖ **Ein Kompass in bewegten Zeiten** Leistungen und Angebote der Akademie für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung FES
- ❖ **Die Euro-Zone nach vier Jahren Krisenmanagement und ad-hoc-Reformen: Was bleibt zu tun?** Friedrich-Ebert-Stiftung FES, WISO Diskurs, Dezember 2014
- ❖ **BAGSO-Positionspapier zum Siebten Altenbericht: Lokale Seniorenpolitik vor großen Herausforderungen**
- ❖ **BAGSO-Positionspapier „Wohnen im Alter – oder: Wie wollen wir morgen leben?“**
- ❖ **BAGSO-Positionspapier zur Weiterentwicklung der Pflege**
- ❖ **Engagement im Quartier – Nachbarschaft ist machbar** BaS *impulse* (Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros)
- ❖ **Bereit für die Zukunft** UG – Unserer Generation, Mitgliedermagazin des Pensionistenverbandes Österreich (Vorsitzender Karl Blecha, SPÖ)
- ❖ **Kommunales** Seminare des Herbert-Wehner-Bildungswerks für Kommunalpolitik, 1. Halbjahr 2015
- ❖ **Steuererklärung 2014/2015 für Rentner und Pensionäre** Stiftung Warentest

17) **Erinnerung: 7. Sommertreffen der AG 60 plus im Juni 2015**

Das **7. Sommertreffen der AG 60 plus** führt uns heuer vom 26. bis 30. Juli in die **Niederlausitz**. Die **Stadt Cottbus** mit ihrer tief verwurzelten sorbisch-wendischen Tradition wird uns auf dieser Reise beherbergen.

An weiteren Highlights werden angeboten: Ein Besuch im **Schloss Branitz** mit dem **Fürst-Pückler-Park**, eine **Kahnfahrt im Spreewald**, ein Eindruck vom **Braunkohlerevier** rund um Cottbus und ein Besuch in der deutsch-polnischen Grenzstadt **Guben**, wo man sehen kann, wie die Stadt nach jahrzehntelanger Trennung wieder zusammenwächst.

Weiterhin bietet der Reiseservice noch ein **Kombinationsangebot mit dem SPD-Kultursommer 2015 im Gartenreich Dessau-Wörlitz** mit einem Transfer von Cottbus nach Dessau und einer Übernachtung in Wittenberg an.

Kosten der Reise: Ab 389 € pro Person für die Reise nach Cottbus und zusätzlich ab 59 € pro Person für die Leistung des Kombi-Angebots.

Anmeldung:

FFR GmbH/SPD-Reiseservice, Wilhelmstr. 140. 10963 Berlin

Tel. 030-25594-600, Fax 030-25594-699

Mail: info@spd-reiseservice.de Internet: www.spd-reiseservice.de

18) 60 plus-Termine

der Bundesvorsitzenden bzw. von Mitgliedern des Bundesvorstandes

30. Januar	11.00 Uhr	Bundesvorstandssitzung AG 60 plus, Berlin
1. Februar	18.00 Uhr	Magdeburger Plattform, Berlin
8.-9. Februar		Klausurtagung des Parteivorstands, Landgut Borsig, Nauen (Vertretung Lothar Binding)
9.-21. Februar		Urlaub der Vorsitzenden (weit weg) (nicht erreichbar!!)
20. -21. Februar		Organisationspolitische Kommission, Berlin (Vertretung Klaus Barthel, AfA, angefragt)
23. Februar		TTIP-Konferenz des PV
8. März		Internationaler Frauentag
16. März,		Themenlabor Neue Verantwortungskultur, Berlin
17. März		Bundesvorstandssitzung AG 60 plus, Göttingen
18. März		Bundesausschuss AG 60 Plus, Göttingen
20.-21. März		Organisationspolitische Kommission , Berlin
3.-6. April		Osterfeiertage
22. April		Vorbereitungstreffen für den 11. Seniorentag, Frankfurt
25. April		Barcamp Digital, Berlin
29. April		Aktionstag (um den herum Ihr Eure Aktionen plazieren könnt)
<u>8. Mai</u>		<u>70 Jahre Ende des zweiten Weltkriegs – Wäre auch ein guter Zeitpunkt für Euren Aktionstag-Beitrag!!!!</u>

31. März: Der neue Newsletter erscheint. Redaktionsschluss 23.3.15 Um kurze Beiträge in „word“ – nicht pdf! - aus den Landesverbänden und Bezirken wird auch diesmal wieder gebeten.